

2024/0689/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke



Antrag der Fraktion Die Linke: Bericht der Stadtverwaltung zum Insolvenzantrag des DRK Homburg im Hinblick auf die Versorgung beim Schulessen sowie zur künftigen Planungssicherheit

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Kenntnisnahme)	19.12.2024	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag Die Linke DRK (öffentlich)

**Fraktion im Stadtrat
Homburg**

Barbara Spaniol
- Vorsitzende -
Brandenburger Str. 13
66424 Homburg

Homburg, 02.12.24

Herrn Oberbürgermeister
Michael Forster
Stadt Homburg
Am Forum

66424 Homburg

Einbringung eines Antrages für die nächste Stadtratssitzung am 19.12.24

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gem. § 41 Abs. 1 KSVG beantrage ich im Namen der Fraktion DIE LINKE die Aufnahme von folgendem Tagesordnungspunkt für die nächste Stadtratssitzung am 19.12.24:

TOP: Bericht der Stadtverwaltung zum Insolvenzantrag des DRK Homburg im Hinblick auf die Versorgung beim Schulessen sowie zur künftigen Planungssicherheit**Begründung:**

Nachdem der Sachstand bisher nur über die Presse bekannt geworden ist, wäre eine Berichterstattung seitens der Stadt im Sinne der Sache hilfreich, insbesondere auch hinsichtlich der Planungssicherheit betreffend die künftige Versorgung beim Schulessen.

Vor allem die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für die Grundschüler wird zu einer großen Chance, aber auch zu einer großen Herausforderung werden. Hier hat die Stadt trotz der Engpässe zwar vorgesorgt und entsprechende Mittellösungen eingestellt. Aber es geht bei Ganztagsbetreuung nicht nur um die bauliche Situation an den Grundschulen, sondern auch um eine vorausschauende Planung im Hinblick auf den Zugang zu einem warmen und gesunden Mittagessen für alle Kinder dieser Altersgruppe.

Viele Familien sind von Preiserhöhungen und Inflation sowieso schon schwer getroffen und die Ganztagsbetreuung ist immer noch zu teuer. Daher ist viel mehr Unterstützung notwendig – gerade in Zeiten wachsender Armut. Hinzu kommt, dass nur noch wenige Lieferanten in der Lage sind, die Mittagessen mit den gestiegenen

Anforderungen zu liefern – und dann zu sehr hohen Preisen. Es werden Kosten für ein Schulessen von weit über fünf Euro erwartet.

Ein gesundes und frisches Essen an unseren Schulen ist eine Notwendigkeit und muss für alle Kinder möglich sein. Hier braucht es schnelle Lösungen, wenn die Preise steigen oder die Versorgung vom Anbieter nicht mehr gewährleistet werden kann. Ansonsten werden sich viele Eltern das Schulessen immer weniger leisten können und die Kinder leiden darunter. Auch das Land ist in der Pflicht, mit den Schulträgern und den Essenslieferanten hier schneller zu reagieren.

Mit der Bitte um Berücksichtigung und mit freundlichen Grüßen

Barbara Spaniol - Fraktionsvorsitzende -